



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Correspondenzen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Correspondenzen.

Die Donaufürstenthümer. Zwei Fragen von entscheidender Bedeutung für die ganze Zukunft der unteren Donauländer müssen in nächster Zeit ihre definitive Erledigung finden. Die eine betrifft die Macht und den Umfang, die zweite die Beherrschungsform derselben. Sollen die beiden Donaufürstenthümer getrennt bleiben oder vereinigt werden?

Sollen sie von lebenslänglichen Wahlfürsten oder von einer erblichen Dynastie regiert werden?

Durch den pariser Frieden sind diese beiden fundamentalen Fragen nicht erledigt; derselbe hat nur eine Commission angeordnet, welche die Meinung der Landesvertretung der Fürstenthümer über die künftige Organisation derselben erforschen und dann den Mächten definitive Vorschläge über dieselben machen soll. Die letzte Entscheidung werden die Großmächte und die Pforte haben.

Es versteht sich von selbst, daß die jetzt zusammentretende Commission ebensowenig als die Landesvertretung der Donaufürstenthümer auf die Lösung jener beiden Fragen einen entscheidenden Einfluß haben werden. Man wird ihren Vorschlägen in Betreff der Organisation der Verwaltung, in Betreff der constitutiven Garantien und ähnlichen Fragen im Wesentlichen natürlich die Bestätigung nicht versagen, aber in jenen beiden Punkten werden von Anfang an die Commissionäre nur diejenige Meinung aussprechen, die sie in ihren Instructionen von Hause mitgenommen haben. Es sind nicht Fragen der Detailkunde, sondern der allgemeinen Politik und was die Nationalvertretung der Fürstenthümer anbetrifft, es sind Fragen, die schwerlich aus dem Interesse der beiden Länder, sondern aus dem Interesse der hohen Schutzmächte entschieden werden dürften.

Da indessen doch die Donaufürstenthümer selbst zunächst an dieser Entscheidung betheiligt sind, so darf dieselbe immerhin auch von dem Standpunkt ihrer eignen Interessen betrachtet werden und von diesem Standpunkt aus kann kaum eine zweifache Meinung stattfinden. Die Vereinigung — die beiden Fürstenthümer, obwohl seit Jahrhunderten regelmäßig getrennt, sind durch alles vereinigt, was die Grundlage für eine staatliche Vereinigung bildet: dieselbe Nationalität der Bevölkerung, dieselbe Sitte und Sprache, dieselbe Religion, dieselben Bodenverhältnisse und materiellen Interessen, endlich von mächtigen Nachbarn umgeben, dasselbe Bedürfnis in sich selbst die Möglichkeit der Selbstständigkeit und nöthigenfalls die Kraft des Widerstandes zu suchen. Die Walachei hat über 2,500,000, die Moldau über 1,500,000 Einwohner. Getrennt vermögen sie fast so gut wie nichts, vereinigt bilden sie immer einen Staat von der militärischen Stärke Belgiens oder Londons.

Die Erblichkeit des Fürstenthums — das politische Leiden dieser Länder ist seit Jahrhunderten ein Adel gewesen, der dem polnischen fast in allem ähnlich ist, vor allem in der Tyrannei gegen seine Untersassen und der Unbotmäßigkeit gegen seine Fürsten, in Gleichgültigkeit für das öffentliche Wohl, in Unwissenheit und Sittenlosigkeit, und in der Unfähigkeit zu regieren und zu gehorchen. Die türkische Herrschaft ist in diesen Ländern wie die russische in Polen nur durch die Parteinungen und die Anarchie der Bojaren möglich geworden, und dieselben haben

unter der türkischen Herrschaft von jenen Eigenschaften keine abgelegt, wol aber sind unter der Despotie der fanariotischen Hospodaren in ihnen noch diejenigen Charaktereigenschaften entwickelt worden, welche die traurige Begleitung jeder Despotie zu sein pflegen.

Wenn diese Länder in Zukunft je zu einiger inneren Kraft gelangen sollen, so muß dieser Adel unter eine wohlwollende, aber feste Regierung gestellt werden, welche ein Interesse daran hat, einen Mittelstand hervorzurufen und eine Staatsgewalt zu organisiren, wie sie im übrigen Europa existirt. Eine feste Herrschaft läßt sich für diese Länder nur in der Erblichkeit des Fürsten finden, und zwar in der Herrschaft einer Dynastie, die nicht, wie bisher die Wahlfürsten, aus den verderbten, untereinander verfeindeten und weder achtungswerthen noch geachteten Bojaren, sondern aus dem Auslande genommen wird. Mit Wahlfürsten werden die Fürstenthümer immer nur besonders bevorzugte Verwaltungsdistricte des in einem Auflösungsproceß begriffenen türkischen Reichs, mit erblicher Dynastie werden sie wirkliche Staaten sein; läßt man das System der Wahlfürsten, so wird sich das System der Ausplünderung und der Anarchie in diesen Ländern verewigen, mit Erblichkeit werden sie von den Anfängen der Civilisation sich zu dieser selbst durcharbeiten. Vom Standpunkt der Fürstenthümer erledihte sich jene Frage freilich gegen ihre Geschichte; denn Trennung und Wahlfürstenthum sind in ihnen Jahrhunderte alt, aber ihre Geschichte enthält Lehren furchtbarer Natur: diese reichen Länder sind seit Jahrhunderten nur der Tummelplatz der Türken, Polen, Ungarn, Oestreicher und Russen gewesen und sind jetzt derjenige Theil von Europa, der in fast allen Beziehungen am tiefsten steht.

Es läßt sich daraus erklären, daß sich unter dem Adel der Fürstenthümer selbst eine Partei gebildet hat, welche mit Lebhaftigkeit für die Vereinigung der Länder und die Berufung einer auswärtigen Dynastie und, wie es scheint, mit Glück arbeitet. Es ist nicht unmöglich und selbst wahrscheinlich, daß die Divans, welche jetzt über diese Fragen ihre Meinung geben sollen, sich für Vereinigung und Berufung einer erblichen und auswärtigen Dynastie aussprechen werden, wenn auch zum Theil unter dem Einflusse phantastischer Traumgebilde, welchen sich die politische Kindheit und der Ehrgeiz gern hingeben.

Wir wiederholen aber — die Divans werden nur einen geringen Einfluß auf das Schicksal des eignen Landes haben. Die Abhängigkeit von dem Willen dritter, mögen dieselben nun Türken oder Russen oder mag es die Pentarchie selbst sein, ist ein Erbtheil der Geschichte der Fürstenthümer. Sie könnten sich noch glücklich schätzen, wenn man in ihrem Wohle und nicht wenigstens zum Theil in der Verewigung ihres Glends das eigne Interesse zu erkennen glaubte.

Unglücklicherweise aber sind außer der Türkei zwei Großmächte Grenznachbarn der Moldaunalachen, beherrschen Theile der rumänischen Nationalität, Rußland in Bessarabien, Oestreich in Siebenbürgen und der Bukowina, und sind nur zu geneigt, sich als die Erben der Türkei an den Donaumündungen zu betrachten.

Dieselben Ursachen, welche in den Donaufürstenthümern das Streben nach Vereinigung und Erblichkeit hervorgerufen haben, macht Oestreich, Rußland und die Türkei zu Gegnern derselben. Diese Mächte stellen sich indeß in verschiedener Weise zu jenen beiden Fragen.

Die Türkei will weder Vereinigung noch Erblichkeit. Sie fürchtet, daß die Fürstenthümer sich auf diesem Wege ihrer Oberhoheit entziehen könnten und sie hält mehr auf den eiteln Schein einer Herrschaft, welche seit 1828 ohne Realität ist, als auf den Gewinn, den sie aus einem sie von Rußland trennenden compacten und wohlorganisirten Staatswesen von vier bis fünf Millionen Menschen ziehen könnte. Sie hofft offenbar, daß es ihr gelingen wird, jetzt ihrer Herrschaft eine größere Ausdehnung zu geben und namentlich die zu bildende Armee der Fürstenthümer unter ihre indirecte Leitung gestellt zu erhalten, sie fürchtet vor allen Dingen, daß ein sich allmählig von ihr ablösendes Rumänenreich die Wege des griechischen Königreichs gehen und gegen sie propagandistisch und erobernd werden könnte. Die Pforte will daher nicht bloß die Trennung, sondern will noch obendrein, daß sie die künftigen Fürsten aus von ihr vorgeschlagenen Bojaren ernenne. Sie ist dem Project der Vereinigung in dem Maße entgegen, daß sie seit lange darauf dringt, diese Frage ganz von der Competenz der zu berufenden Landesvertretungen auszuschließen und daß sie in ihrer kürzlich veröffentlichten Circularnote nicht undeutlich zu verstehen gibt, sie werde auf jede Gefahr jenem Projecte künftig ein unbedingtes Veto entgegensetzen.

Oestreich ist dabei in allem im engsten Einverständniß mit der Türkei, welche auch nur durch diese Zustimmung Oestreichs den Muth erhält, sich von ihren beiden Allirten in dieser Frage zu trennen. Nur sind bei Oestreich die Motive andre, als bei der Pforte. Die Herrschaft, welche sich jetzt die Pforte bewahren will, hofft Oestreich künftig zu gewinnen; es will noch einst diese Länder aus türkischen Vasallenstaaten zu östreichischen Provinzen machen. Darum sollen sie keine innere Kraft und keine Macht nach außen erlangen, sondern in der bisherigen Barbarei und Schwäche verharren und darum predigen die östreichischen Zeitungen innerhalb und außerhalb Oestreichs täglich, daß die Vereinigung das Unglück der Fürstenthümer werden würde und daß die Anhänger der Vereinigung ganz unmoralische Menschen seien.

Es ist begreiflich, daß Oestreich seinen Hauptstrom noch einmal zu einem ganz östreichischen Strom machen möchte, aber es fragt sich, ob Oestreich auf diesem Wege seinen Zweck erreichen wird. Es stößt bei den Donauvölkern, bei den Moldauwalachen wie bei den Serben, auf einen langjährigen und concentrirten Haß, ohne infolge seiner nicht sehr kriegerischen früheren und neueren Politik eines entsprechenden Maßes von Achtung oder Furcht zu genießen. Die noch fortdauernde drückende Occupation, das entschiedene Auftreten gegen die in den Fürstenthümern populäre Vereinigung kann nur dazu dienen, diesen Haß zu steigern. Wir fürchten, Oestreich verrechnet sich, wenn es ohne die Sympathien, welche sich Rußland erworben hatte, an der Donau in die russischen Fußstapfen treten will.

Rußland selbst handelt viel klüger. Es hatte seit zwei Jahrzehnten durch seine Einmischungen im absolutistischen Sinne die Neigung der rumänischen Bevölkerung verloren. Es wünscht sie wieder zu erlangen und obwol es noch weniger als Oestreich und die Türkei aus den Fürstenthümern eine wirklich selbstständige Zwischenmacht schaffen möchte, stellt es sich recht eigentlich auf den Standpunkt der rumänischen Nationalsympathien.

Rußland will, daß die Divans ihre Meinung über die Vereinigung aussprechen, Grenzboten. IV. 1866.

es befürwortet diese Vereinigung, es ist für die Erbllichkeit der Fürstenwürde, ja es ist noch rumänischer als die verständigen Rumänen selbst, aber es fordert, als *conditio sine qua non*, daß, mögen nun die Länder vereinigt werden oder nicht, die Regenten der griechischen Religion angehören d. h. daß sie Bojaren seien, wo denn freilich die alte Unordnung und Unbotmäßigkeit fortdauern und zu gelegener Zeit russische Einmischungen herbeiführen würden. Der Hauptzweck Rußlands ist aber erreicht; während es in den letzten Jahrzehnten von den Fürstenthümern als Dränger und Bedrücker angesehen wurde, ist jetzt der russische Name dort populär.

Die übrigen drei Großmächte haben kein den Fürstenthümern widerstrebendes Interesse. Sie müssen wünschen, daß dieselben gegen jeden Eroberer Widerstandsfähigkeit bewahren und daß sie bei einem künftigen Zusammensturz der türkischen Herrschaft die innere Kraft besitzen, selbstständig da zu stehen. Sie müssen bis dahin die Fortdauer der türkischen Oberhoheit wegen des militärischen Schutzes, der darin enthalten ist, als wünschenswerth betrachten, können aber natürlich weder für die Türkei noch die Donauländer ein Glück in der Ohnmacht der letzteren und den fortdauernden Einmischungen der ersteren in die innern Zwistigkeiten derselben erkennen.

Am entschiedensten wird Frankreich von dieser Politik geleitet. Es hat die Vereinigung zuerst zur Sprache gebracht und vertheidigt sie fortwährend. Es betrachtete dieselbe als so nothwendig, daß es ursprünglich darüber die Divans gar nicht einmal gefragt wissen wollte.

England hat bisher entsprechende Ansichten geltend gemacht und in Berlin ist natürlich keine Neigung, sich für Principien zu erklären, die nur von Oestreich und der Pforte verfochten und scheinbar selbst von Rußland bekämpft werden. Die begreifliche Zurückhaltung Preußens von Fragen europäischen Interesses scheint in dieser Angelegenheit durch die persönliche Tüchtigkeit und Thätigkeit des speciellen Vertreters der preußischen Interessen in Bukarest aufgewogen zu werden.

Die Entscheidung der Frage wird sich wahrscheinlich noch mehre Monate hinauszuziehen, aber wenigstens in einem Punkte ist sie kaum noch zweifelhaft. Da die Pforte als oberherrliche Macht unbedingt gegen die Vereinigung ist und sich hierfür auf eine gleiche Abneigung einer andern Großmacht stützt, und da die Anwendung von Gewalt gegen ihren Allirten den Westmächten wenig geziemend, auch die Achtung vor der Türkei nur schwächen würde, so wird eine Vereinigung der Fürstenthümer nicht zu Stande kommen.

Als Ersatz wird dafür wahrscheinlich die Frage der Erbllichkeit von der Pforte und Oestreich zugestanden werden müssen, jedenfalls dann, wenn sich die Divans dafür entschieden aussprechen. Die Berufung auswärtiger Dynastien wird freilich dann einige Schwierigkeit haben, weil ein souveränes Haus leicht an der Oberhoheit der Pforte in Verbindung mit dem geringeren Umfange des Landes und der geringeren Aussicht auf die Zukunft Anstoß nehmen könnte.

Im Wesentlichen werden also vorläufig diejenigen drei Mächte siegen, welche aus den Fürstenthümern ein neues Polen machen wollen. Der späteren Zeit wird dann die Genugthuung werden, die Weisheit von jedenfalls zweien dieser Mächte zu belächeln, welche auf fremdes Unglück und auf einen unfehlbaren Sieg über ihre Concurrenten speculiren. Leider läßt sich nicht sehr darauf rechnen, daß die Rumänen Kraft und Vaterlandsliebe genug besitzen, um künftig allen drei Mächten das Spiel

zu verderben und sich trotz deren Treiben durch sich selbst zu einem unabhängigen und starken Staat zu entwickeln.

Wir aber haben Act davon zu nehmen, wenn auch hier wieder von den Großmächten wie noch vor kurzem im Gebiete der dänischen Monarchie dem Körper des europäischen Staatensystems künstlich eine Krankheit anprotokollirt wird.

Aus Spanien. — Als wir vor acht Wochen die Angelegenheiten Spaniens zum letzten Mal besprachen, äußerten wir: „alles läßt vermuthen, daß D'Onnel seinem natürlichen Gange nachgeben und mehr und mehr auf die Bahn des Absolutismus hinüberlenken wird, in deren Verfolgung ihn eine Zeitlang Bedenken über seine vereinsamte Stellung aufgehalten haben. Er scheint es vorzuziehen, durch Nachgiebigkeit gegen den Hof seine Stellung nach dieser Seite hin zu befestigen. Die Cortes werden nicht wieder zusammenberufen werden, sondern man wartet nur, bis die letzten Spuren des Widerstandes im Lande verwischt sind, um ihre Auflösung officiell zu verkündigen. An eine Proclamation der Verfassung in der von den Cortes beschlossenen Form ist ebenfalls nicht zu denken, sondern man wird entweder die Verfassung von 1837 oder die von 1845 promulgiren, wahrscheinlicher Weise aber die letztere, welche unter constitutionellen Scheingaranten dem ministeriellen Absolutismus freies Spiel läßt. . . Auch die Nationalmiliz soll abgeschafft bleiben.“ Die Entwicklung, welche die Dinge genommen haben, hat diese Voraussetzungen bestätigt und sie noch überholt. D'Onnel hat sich ganz unfähig gezeigt, nachdem er aus Herrschsucht die schützenden Garantien beseitigt, dem Strome der weiteren Reaction zu widerstehen. Die Nationalgarde ist abgeschafft, die constituirenden Cortes sind aufgelöst, die Verfassung von 1845 ist wieder proclamirt und jetzt ist auch das Desamortisationsgesetz (Gesetz über den Verkauf der geistlichen und Gemeindegüter), auf dessen Durchführung die letzten Hoffnungen auf eine Wiederherstellung der finanziellen Ordnung Spaniens beruhten und für dessen Genehmigung von Seiten der Königin D'Onnel im vorigen Jahre seinen ganzen persönlichen Einfluß einsetzte, sistirt. Diese letzte Maßregel hat den Austritt des Finanzministers Cantero zur Folge gehabt und wird auch die Sistirung der wichtigsten industriellen Unternehmungen nach sich ziehen, für deren Fundirung die Einnahmen von den Verkäufen der Nationalgüter Garantie leisten sollten. Ebenfalls wegen dieser Maßregel ist die letzte liberale Persönlichkeit des Cabinets, der Marineminister Bayarre, ausgetreten, nachdem die liberale Partei sich nach kurzem Schwanken schon längst von dem Ministerium zurückgezogen hat. D'Onnel selbst sieht sich die Macht, deren Besitz er durch Treubruch an seinen politischen Freunden erlangt, aus den Händen schlüpfen. Im Ministerium gebietet Rios Rosas und D'Onnel ist nur noch dem Namen nach Ministerpräsident, ohne Aussicht es lange zu bleiben, denn schon eilt Narvaez nach Spanien, um ihn zu verdrängen, wenn es ihm gelingt, die Besorgnisse der Königin vor seiner Herrschsucht zu beseitigen. So rasch haben sich unsere Worte bestätigt: „Selbst die aufrichtigste constitutionelle Haltung wird nicht denjenigen ihr Mißtrauen vergessen lassen, deren Parteigenossen er mit dem Bajonett auseinandergetrieben und mit Kartätschen niedergeschossen hat; selbst die entschlossenste Reaction und die unbedingteste Hingebung an den Absolutismus nicht die verfühnen, zu deren

Diensten ebenso rücksichtslose und entschlossene Soldaten bereit stehen, welche ihren Einfluß auf das Heer noch nicht gegen den Hof benutzt haben."

Einzelheiten, welche neuerdings über die geheime Geschichte des Sturzes Esparteros verlautet haben, zeigen, wie muthwillig O'Donnel die Krisis heraufbeschworen hat, der er nun selbst noch zum Opfer fallen soll. Unser Berichterstatter sagt darüber: Am 11. Juli wurde das gewöhnliche freitägliche Ministerconseil in der Wohnung des Präsidenten abgehalten. Es begann mit dem Vorlesen und der Genehmigung eines vom Minister der öffentlichen Arbeiten vorgelegten Gesetzentwurfs über die Korneinfuhr. Darauf las der Minister des Innern, Escosura, das Brouillon eines andern Gesetzentwurfs über Preßverhältnisse vor; ehe aber derselbe in Berathung genommen werden konnte, ergriff Graf O'Donnel das Wort und erklärte es für nothwendig, daß das Ministerium ein Programm über die von ihm zu befolgende Politik veröffentliche. Espartero und die andern Minister wendeten dagegen ein, daß es bloß herkömmlich sei, der Königin ein solches Programm bei dem Antritt des Ministeriums vorzulegen. Sie waren daher gegen den Vorschlag O'Donnells, der jedoch darauf bestand und unter andern auch die Nothwendigkeit einer Reorganisation der Nationalgarde und Ausstoßung schlechtgestufter Personen aus ihren Reihen verlangte. Seine Collegen hoben das Gefährliche und Ungefegliche einer solchen Maßregel hervor, welche sowol die Verfassung verletzte, wie das von den Cortes erlassene Gesetz, welches den Disciplinarräthen die Entscheidung zuwies, ob jemand unwürdig sei, der Nationalgarde anzugehören. Außerdem habe die Regierung das Recht, die Nationalgarde aufzulösen und zu reorganisiren, wenn sie ihre Pflicht nicht thue, und habe sie auch in Sevilla, Malaga, Valenzia, Barcelona und verschiedenen andern Städten von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Außer Stande, diese Gründe zu widerlegen, wechselte O'Donnel seinen Angriffspunkt und erklärte, von Escosura schwer beleidigt zu sein, weil derselbe dem Ministerrath einen geschriebenen Gesetzentwurf vorgelegt habe, ohne ihn erst mündlich mitzuthellen. Escosura erwiederte, daß er stets so verfahren sei, und die andern Minister erklärten dasselbe; und Espartero führte als Beispiel den soeben von dem Minister der öffentlichen Arbeiten vorgelegten Gesetzentwurf an, der ebenfalls geschrieben und in derselben Form, wie der Escosuras, vorgelegt und ohne Widerspruch angenommen worden. O'Donnel selbst habe es früher so gehalten, wofür der Ministerpräsident mehrfache Beweise brachte. Da O'Donnel bemerkte, daß er mit solchen Vorwänden nicht durchkam, schlug er einen andern Weg ein. Er erklärte plötzlich, daß seine Politik mit der des Ministers des Innern nicht vereinbar sei, und tadelte die schlechte Wahl der Civilgouverneure der Provinzen, wie auch Escosura in seinem Departement sogar Demokraten angestellt habe. Diese Anklage widerlegte der Minister des Innern mit der Antwort, daß er nicht schuld sei, wenn die Civilgouverneure gut oder schlecht seien, da sie mit sehr wenigen Ausnahmen von seinen Vorgängern vorgeschlagen und von dem Ministerrath genehmigt worden seien. Alle weitem Erklärungen schnitt aber O'Donnel mit den Worten ab: „Ich kann unmöglich mehr mit Señor Escosura in einem und demselben Cabinet bleiben. Entweder muß Señor Escosura austreten, oder ich gehe.“ Escosura, obgleich er nicht umhin konnte, sich, wie seine Collegen, über General O'Donnells unverständiges Benehmen zu beklagen, erklärte doch zurücktreten zu

wollen, da er sich seiner eignen geringen Wichtigkeit bewußt sei, und wisse, wie wünschenswerth das Verbleiben des Kriegsministers im Cabinet sei. Espartero und die übrigen Minister wollten davon nichts wissen, und erklärten, daß weder Escosura noch O'Donnel zurücktreten dürfte, sondern daß das Ministerium einig bleiben müßte, bis die Cortes ihr Verfassungswerk vollendet hätten. O'Donnel bestand jedoch auf seinem Vorsatz und erklärte, der Königin selbst sein Entlassungsgesuch übergeben zu wollen. Escosura übergab das seinige dem Ministerpräsidenten zur Aushändigung an die Königin. Espartero widersetzte sich dem sofortigen Auseinandergehen des Ministerraths, und man schritt zur Berathung des Preßgesetzentwurfs, wobei O'Donnel mehre Amendements vorschlug und durchsetzte. Die Minister trennten sich dann bis nächsten Mittag, wo sie wieder zusammenkamen, um den eben erwähnten Gesetzentwurf zu unterzeichnen; O'Donnel aber ließ sagen, er sei krank und könne nicht kommen. Der Finanzminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten und später Espartero selbst gingen zu ihm und verließen ihn alle mit dem Eindruck, er habe seine Ansicht, zurückzutreten, aufgegeben; plötzlich aber erschien er in dem Conferenzzimmer, und erneuerte seine früheren Forderungen. Alle von seinen Collegen dagegen vorgebrachten Gründe fruchteten nichts, und er und Escosura verließen den Ministerrath. Die andern Minister blieben noch beisammen und kamen überein, der Königin den Rath zu ertheilen, keine der beiden Rücktrittserklärungen anzunehmen, weil keine Ministerveränderung stattfinden dürfe, bevor die Cortes ihr Werk nicht zu Ende geführt hätten. Dieser Meinung stimmten auch General Infante und Señor Portilla, der Präsident und der erste Vicepräsident der Cortes bei, die man ebenfalls zu Rathe zog, und die später zu O'Donnel gingen, und ihn baten, im Amte zu bleiben. Er verharrete aber bei seinem Entschluß, und Espartero ersuchte ihn, dann der Königin sein Entlassungsgesuch nicht eher zu übergeben, als bis er mit ihr gesprochen habe.

Noch um neun Uhr Abends am 13. begab sich Espartero zur Königin, und bat sie in seinem und seiner Collegen Namen, weder die Entlassung O'Donnells, noch die Escosuras anzunehmen, und setzte ihr zugleich auseinander, weshalb es wünschenswerth sei, daß das Cabinet in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung bestehen bleibe. Er äußerte auch, O'Donnel Nachricht geben zu wollen, daß er die Königin gesprochen, damit auch er sich eine Audienz ertheilen lassen und nach seinem Gutdünken handeln möge. Die Königin erklärte, noch diese Nacht einen Ministerrath abhalten zu wollen, dem alle Minister, mit Einschluß O'Donnells und Escosuras, beiwohnen sollten, und setzte diesen Ministerrath auf 1 Uhr Morgens an. Espartero theilte dies seinen Collegen mit, und alle hatten sich zur festgesetzten Stunde versammelt. Die Königin zeigte ihnen dann an, daß sie Escosuras Entlassung angenommen und die O'Donnells zurückgewiesen habe. Espartero und die andern Minister ersuchten sie nochmals, beide Entlassungsgesuche zurückzuweisen, aber sie bestand darauf, daß Escosura und nur Escosura aus dem Cabinet scheide. Da Espartero und seine Collegen daraus sahen, daß die Königin den Rath und die Meinung O'Donnells dem ihrigen vorzog, so erklärten sie ihren Rücktritt und entfernten sich. Espartero aber kehrte noch einmal zurück, und erneuerte bei der Königin seine Bitten, Escosura und O'Donnel beizubehalten, was die Auflösung des Ministeriums verhindert hätte. Die Königin war jedoch durch keine Gründe

zu bewegen, und auch D'Donnel, den Espartero zu einem versöhnlichem Auftreten zu bestimmen suchte, blieb bei seinem Willen. „Ich wiederhole dem General D'Donnel nochmals meine Bitte, sagte Espartero, und wenn er auf seinem Entschlusse besteht, so möge das Unheil, was dadurch über unser Vaterland kommt, und das Blut, welches vergossen wird, auf sein Haupt fallen; denn er allein ist schuld an diesem Zerwürfniß.“ Die Königin forderte Espartero zu wiederholten Malen auf, im Amte zu bleiben, aber stets unter der Bedingung, daß Escosura ausscheide. Aber Espartero weigerte sich natürlich, unter solchen Bedingungen Ministerpräsident zu bleiben, was er nur dem Namen nach gewesen wäre, da D'Donnel die eigentliche Macht und das Vertrauen der Königin besessen hätte. Es blieb ihm nichts übrig, als ins Privatleben zurückzutreten, und den Ereignissen ihren Lauf zu lassen, oder offen als Gegner der Königin aufzutreten. Letzteres wäre nicht nur mit seiner früheren politischen Laufbahn unverträglich gewesen, sondern hätte ihn auch in die Niederlage der Nationalgarde verwickelt. Bei dem Heere hatte er wenig Einfluß und war auch nicht besonders beliebt, denn D'Donnel und die andern Generale von Bicalvaro hatten Sorge getragen, das Offiziercorps mit ihren Anhängern zu füllen, denn sie hatten längst eine Reaction im Sinne.

Literatur.

Botanische Unterhaltungen, zum Verständniß der heimathlichen Flora von B. Auerswald und E. A. Rossmäxler, 1. und 2. Lieferung. Leipzig, Hermann Mendelssohn 1856. Das Buch soll dem gebildeten Publicum, welches Interesse an naturwissenschaftlichen Forschungen nimmt, ein Mittel an die Hand geben, welches den Laien der Nothwendigkeit überhebt, die systematisch geordneten Lehren einer für ihn anfänglich noch todten Wissenschaft mühsam zu studiren, um sie erst später auf die Natur, auf die einzelne Pflanze zu übertragen, sie ihr anzupassen, und welches ihn dafür in allgemein verständlicher Form unterweist, dieselben sofort an der lebenden Pflanze aufzufinden und zu erkennen. An der lebendigen Pflanze selbst, die der Laie auf jedem Spaziergang in Feld oder Wald pflücken kann, soll er danach die Grundlehren der Botanik kennen lernen, und dabei sollen ihm diese „Unterhaltungen“ als Leitfaden dienen. Zur Erreichung dieses Zwecks ist dieses Buch sehr praktisch eingerichtet. Die darin besprochenen Pflanzen sind nach den Jahreszeiten geordnet, so daß der Liebhaber seinen Cursus mit dem ersten Frühjahre beginnen und ihn, ehe der Schnee Feld und Wiese zudeckt, vollendet haben kann. Sehr sauber ausgeführte Illustrationen der einzelnen Pflanzen und zahlreich in den Text eingedruckte Holzschnitte dienen zur nähern Erläuterung. Besprochen sind in den vorliegenden beiden Heften die Frühlingsbutterblume, das Gartenveilchen, die gemeine Erle, das Himmelschlüssel, die Hainanemone, das Lungenkraut, der Schwarzdorn, die Ruhblume, der Apfelbaum, der gefleckte Aron, das Maiblümchen, die Gartentulpe, der gemeine Löwenzahn, die Kiefer, die Wasserschwertlilie, und die zweiblättrige Platanthere, und dabei schon viel interessante Fragen der Pflanzenphysiologie des Näheren entwickelt. Dem täglich sich erweiternden Kreis